
DIE LINKE.

Ausgabe I / 2011

Der Ball rollt:

Aktion Fußballpaten erfolgreich angelaufen!

Im Dezember 2010 hatte sich der ehemalige Ratsherr Rolf Flören mit einem Spendenprojekt an die Öffentlichkeit gewandt. Mit der Bitte „Werden Sie Pate!“ warb er dafür, Kindern aus dem Bereich der Hochhäuser Zur Burg-



mühle zu ermöglichen, im Verein Fußball zu spielen, indem ein Jahresbeitrag von 65,00 Euro gespendet wird.

740 EUR wurden bisher gespendet, so dass das Projekt gestartet werden konnte. 15 Kinder, darunter zwei Mädchen kamen zum ersten Treffen ins Vereinshaus von 05/07. Seit Februar wird inzwischen unter Anleitung von

Ab Seite 5 DIE LINKE. im Rat der Stadt



Heiko Richtger trainiert. Die Kinder sollen Stück für Stück in den Verein hineingeführt werden, um dann später in altersentsprechenden Jugendmannschaften zu spielen.

Mit dieser Aktion soll das Freizeitangebot für die Kinder aus diesem Bereich verbessert werden. Fehlende Freizeitmöglichkeiten und mangelnde direkte sozialpädagogische Betreuungsangebote haben in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen mit Jugendlichen geführt. Bereits im Frühjahr 2010 wurde mit entsprechenden Angeboten für Kinder begonnen (Basketball, Aktionsnachmittage), um ihnen Möglichkeiten zu bieten, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Mit diesem neuen Versuch sollen die Kinder längerfristig in einen Verein eingebunden werden.

Ziel ist es, weitere Paten zu finden und mit insgesamt 1.300,00 Euro zwei Mannschaften aufzubauen.

Wer auch Pate werden möchte, kann sich bei Rolf Flören – 02166-680777 – melden.

Vorbeugende Sozialpolitik rechnet sich!

Ein von der Landesregierung NRW in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt, dass verstärkte Investitionen in die Betreuung und Ausbildung von

Kindern kurz- und mittelfristig volkswirtschaftliche Effekte erzielen und die öffentlichen Kassen entlasten.

Dies hatte die LiLO seit den 90er Jahren immer wieder zur Begründung ihrer Anträge angeführt, mit prophylaktischen Maßnahmen wie ausreichende Spiel-, Kindergarten- und Hortplätze, Ganztagschulen, Abenteuerspielplätze, Spielmobile, Ferienfreizeiten usw. die Reduzierung der Kosten für die Hilfe zur Erziehung und Heimunterbringung zu reduzieren.

Dieser nachhaltige Ansatz in der Sozialpolitik wurde jedoch immer mit Kostenargumenten abgelehnt.

Am Beispiel der Forderung nach einem Abenteuerspielplatz für Odenkirchen lässt sich sehr deutlich darstellen, wie kurzsichtig die Ablehnung der Forderung durch die Parteien CDU, SPD und FDP war.

Sei 1989 wurden Unterschriftensammlungen durchgeführt und Anträge für einen Abenteuerspielplatz gestellt. 1996 beauftragte die damalige Odenkirchener Bezirksvertretung einstimmig die Verwaltung, zu prüfen, ob es einen Bedarf für einen Abenteuerspielplatz in Odenkirchen gibt. Die Verwaltung hat sich bis heute geweigert, diese Prüfung durchzuführen. Mündliche Begründung dazu: Wenn es einen Bedarf

gäbe, hätten wir nicht das Geld, um einen Abenteuerspielplatz zu finanzieren. Also prüfen wir erst gar nicht.

Seit den 90er Jahren bilden sich in Odenkirchen regelmäßig Banden von Jugendlichen, die auffällig werden und Straftaten begehen. Der Überfall auf einen Taxifahrer, die Körperverletzung eines Polizisten durch einen Fußtritt und die Diebstähle mit eingeschlagenen Scheiben bei Kaisers sind die letzten traurigen größeren Beispiele. Immer wieder stellt sich heraus, dass fehlende Freizeitangebote und fehlende sozialpädagogische Betreuung ein Gründe für solche Bandenbildungen sind. Ein sozialpädagogisch betreuter Abenteuerspielplatz wäre eine vorbeugende Maßnahme, um spätere Kosten - von der Hilfe zur Erziehung, der Heimunterbringung bis zu Kosten im Strafvollzug - zu senken. Über 40 Millionen EUR muss die Stadt Jahr für Jahr für Hilfe zur Erziehung ausgeben. Tendenz: Weiter steigend. 51.000 EUR kostet ein Heimplatz für ein Kind. Ca. 50.000 EUR kostet der Arbeitsplatz einer sozialpädagogischen Fachkraft. Würde mit einer Fachkraft nur eine einzige Heimunterbringung verhindert, wären die gesamten Kosten für eine sozialpädagogische Fachkraft gedeckt.

DIE LINKE erneuert vor dem Hintergrund der Studie und der aktuellen Freizeitsituation in Odenkirchen die Forderung nach der Einrichtung eines Abenteuerspielplatzes in diesem Stadtteil.

5 neue Stolpersteine in Odenkirchen

"Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist", sagt Gunter Demnig. Damit die Menschen nicht vergessen werden, die aufgrund ihres Glaubens, ihrer Herkunft und ihrer politischen Überzeugung in der Zeit des Nationalsozialismus vertrieben und ermordet wurden, erinnert der Künstler Gunter Demnig an diese Opfer, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt.

192 Stolpersteine hatte der Künstler Günter Demnig bisher in Mönchengladbach verlegt. Fünf neue in Odenkirchen kamen jetzt dazu.

Unter anderem ein Stein für Engelbert Wilms, der in der Straße Am Bohrloch 63 (heute Klosterhofweg) zusammen mit seiner Frau und seinen acht Kindern gelebt hat.

Die Gewerkschaft ver.di-Bezirksvorstand Linker Niederrhein hatte die Patenschaft für den Stolperstein übernommen.



Engelbert Wilms war Arbeiter und Mitglied der KPD. Auch nach der Machtergreifung der Faschisten behielt er seine Gesinnung.

Am 19.07.1937 wurde er inhaftiert und am 13.10.1941 durch das Sondergericht in Düsseldorf zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Sein Verbrechen:

„Staatsfeindliche Äußerungen“

Nach seiner Haftentlassung wurde er Anfang 1942 in die Wehrmacht einberufen.

Am 30.06.1942 erfolgte eine weitere Verurteilung vor dem Truppengericht Aachen. Fünf Jahren Zuchthaus und Wehrunwürdigkeit wegen staatsfeindlicher Äußerung sowie des Abhörens ausländischer Sender.

1943 kam er im Konzentrationslager Börgermoor um.

Die Menschen nicht für dumm verkaufen

Die Druckerschwärze mit der Ankündigung, sieben der ältesten AKW's (Atomkraftwerke) für vorerst drei Monate vom Netz zu nehmen, ist noch nicht ganz trocken, da steigen schon die Preise für Strom. Bei kurzfristigen Verträgen, die die Wirtschaft abschließt, „verzeichnen wir schon jetzt deutliche Preissprünge“, so der NVV-Vorstandsvorsitzende Friedhelm Kirchhartz.

Und die heimische Rheinische Post sieht schon den Engpass in der Stromversorgung, weil die regenerativen Energien den Bedarf nicht decken.

Hier zeigt sich wieder einmal, wie die Energiekonzerne die Preise manipulieren und wie mit der Angst der Menschen Politik gemacht wird.

Tatsächlich ist nur das AKW Isar I vom Netz gegangen.

Die AKW's Krümmel und Brunsbüttel sind sowieso seit längerem außer Betrieb. Philippsburg I steht seit dem 19.2.2011 und Biblis B seit dem 28.2.2011 still. Biblis A wäre wegen Revision sowieso im Juni für acht Monate vom Netz gegangen, jetzt drei Monate früher und Neckarwestheim war bis vor wenigen Tagen wegen Revision vom Netz.

Selbst wenn alle sieben AKW's ganz abgeschaltet werden würden, käme es zu keinem Engpass, weil es in Deutschland immer noch eine Überproduktion von Strom in der Größenordnung von zwei Terawattstunden gibt.

Die Ankündigung der Energiekonzerne, die Preise aufgrund der Entscheidung von Merkel zu erhöhen, ist dreist. Dieses Beispiel zeigt, wie richtig die Forderung der Partei DIE LINKE ist, die vier großen Energiekonzerne in Deutschland zu vergesellschaften.



Verkehrspolitik von vorgestern

Auf der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Süd legte die Stadtverwaltung einen Beschlusssentwurf vor, der bereits mit dem Fahrplanwechsel im Juni deutliche Verschlechterungen der Mobilität der Menschen in unserer Stadt mit sich bringt. Damit will man bereits in diesem Jahr 132.000 € einsparen. Allerdings ist das, so die Aussage der Vorlage, nicht ohne Angebotskürzungen möglich.

Diese Einsparungen werden, das wird zugegeben, keine direkten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben, sie kommen überwiegend der NVV und der EWMG zugute, die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt seien nicht bezifferbar.

Wie sehen die Einsparungen im einzelnen aus?

- 1) Die Buslinie 5 Von Waldhausen Sternstrasse über Hermges und Hardterbroich zum Hbf. wird an Samstagen eingestellt.
- 2) Die Buslinie 23 zum HQ wird in Zukunft nur noch stündlich fahren
- 3) An Samstagen wird die Blockabfahrt der Busse vom Hauptbahnhof Mönchengladbach und vom Marienplatz Rheydt um eine Stunde verlängert und zwar in der Zeit von 7.35 bis 8.35 Uhr.

Die Veränderung der Blockabfahrten hat zur Folge, dass in dieser Zeit die Taktzeiten von 20 auf 30 Minuten verlängert werden, also bei jeder der

Hartmut Wessels

Bezirksvertreter
Süd

„DIE LINKE hat in allen politischen Gremien gegen die Einsparungen im ÖPNV gestimmt. Die Autovorrang Politik kommt uns viel teurer!“



betroffenen 16 Buslinien wird eine Fahrt eingespart und so die Mobilität vieler Menschen erheblich eingeschränkt.

In geradezu zynischer Weise heißt es in der Beratungsvorlage:

„Die geplanten Linienänderungen.... berücksichtigen die Belange der Schüler und Familien. Die Maßnahmen stellen jedoch in Teilen eine Kürzung des ÖPNV-Angebotes dar, wodurch sich auch der Bewegungsradius für Kinder und Familien ohne PKW geringfügig einschränkt. Die Angebotskürzungen beschränken sich auf Fahrten außerhalb der Schulzeiten, so dass die Qualität des Schülerverkehrs nicht eingeschränkt wird“.

Nach Ansicht der Verwaltung ist es kein Problem, wenn Menschen ohne PKW mit ohnehin eingeschränkter Mobilität weitere Einschränkungen hinnehmen müssen. Und das Mobilitätsbedürfnis von Schülern beschränkt sich in den Augen der Ver-

waltung auf Fahrten von und zur Schule.

Die Einsparung durch Einführung der Blockabfahrten am Samstagmorgen soll 45.000 € bringen. Eine Milchmädchenrechnung! Es ist nicht vorhersehbar, wie viele Menschen aufgrund der Fahrplanänderung wieder auf den PKW umsteigen, so dass es unter Umständen zu keiner Einsparung kommen wird.

All' dies ist die Fortsetzung einer seit Jahrzehnten in dieser Stadt betriebenen Autovorrangpolitik, die den Erfordernissen einer modernen, ökologisch-nachhaltigen Verkehrsplanung widerspricht.

Besonders befremdlich ist es, wenn aus der Fraktion der Grünen zwar deutliche Kritik an dieser Politik geäußert wird, gleichzeitig aber den Kürzungen zugestimmt wird. Wie passt das zu ihrem eigenen Anspruch, die „Ökologische Kraft“ in diesem Land zu sein?

Die Linke lehnt diese Politik ab. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die die Mobilität der Menschen verbessert und die Belange der Umwelt und des Klimaschutzes berücksichtigt. Deshalb brauchen wir einen Ausbau des ÖPNV.

Notwendig ist eine Verkürzung der Taktzeiten insbesondere an Wochenenden und eine Verbesserung der Übergänge vom Bus- zum Bahnverkehr vor allem in den Abendzeiten. Wir brauchen Anreize zum Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV.

Schulpolitik im Gespräch

Johannes Frommen, Mitglied im Schul- und Bildungsausschuss, spricht mit Angelika Hofmann von der Mönchengladbacher Initiative Gesamtschule (MIGS).

Frommen: Hallo Frau Hofmann. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, über die Arbeit der Gesamtschulinitiative Mönchengladbach zu berichten.

In Mönchengladbach ist der Zusppruch für die Gesamtschule ungebrochen. Die Hälfte eines Jahrgangs möchte auf die Gesamtschule. Warum ist die Gesamtschule bei den Eltern so beliebt?

Hofmann: Die Gesamtschule hält alle Wege zu Schulabschlüssen offen. Eltern müssen nicht schon für ihr zehnjähriges Kind entscheiden, was es einmal in der Schule erreichen kann. Für viele Eltern ist die Gesamtschule auch eine „Hoffnungsschule“ – auch aus meinem Kind kann noch was werden.

Frommen: Die sechste Gesamtschule wird zum kommenden Schuljahr

Johannes Frommen

Sachkundiger
Bürger im Schul-
und Bildungs-
ausschuss und
Bezirksvertreter
Ost



„Wir werden uns für die Einrichtung weiterer Gesamtschulen einsetzen.“

eröffnet. Dennoch können 444 Kinder nicht berücksichtigt werden. Was sagen Sie als Initiative den Eltern?

Hofmann: In den letzten 30 Jahren hat sich in der Schulformfrage in Mönchengladbach und anderswo nur etwas bewegt, weil sich Eltern engagiert haben. Ohne das Engagement der Eltern z.B. in der MIGS hätten wir heute keine 6. Gesamtschule. Das hilft zugegebenermaßen den Eltern nicht, deren Kinder jetzt nicht aufgenommen wurden. Diese Eltern sollten darauf achten, dass ihr Kind an der Schule, an der es jetzt aufgenommen wird, einen guten Start hat. Auch an diesen Schulen wird ihr Kind etwas lernen und dann kommt es nach der Klasse 10 eben in die Oberstufe einer Gesamtschule.

Frommen: Also gibt es noch Bedarf? Weitere Gesamtschulen wären notwendig? Sehen Sie Möglichkeiten in Mönchengladbach?

Hofmann: Die nächsten Schritte zu einem integrierten Schulangebot in Mönchengladbach müssen gut geplant sein. Wir brauchen für mindestens 50 % eines Jahrganges ein Angebot in einer Schule, die alle Kinder gemeinsam besuchen. Dabei sind verschiedene Schritte möglich. Wir wünschen uns, dass die Eltern im Anmeldeverfahren zu den Gesamtschulen einen Zweit- und Drittwunsch für eine Gesamtschule angeben können. Damit könnten Kapazitäten an bestehenden Gesamtschulen besser genutzt werden und Eltern, die sich z.B. in Mülfort

anmelden, würden nicht abgewiesen, sondern hätten die Chance, an einer anderen Gesamtschule aufgenommen zu werden.

Sicher muss in Mönchengladbach auch darauf geachtet werden, wie viele gymnasiale Oberstufen noch sinnvoll bedient werden können. Wir haben jetzt 15 Oberstufen an Gymnasien und Gesamtschulen und 6 Berufskollegs mit Ausbildungsangeboten, die auf ein Studium vorbereiten. Mit Nachdruck muss in Mönchengladbach die Frage geklärt werden, welche Rolle die Gemeinschaftsschule als integrierte Schule der SI bei der Deckung der Elternnachfrage nach längerer gemeinsamer Bildung übernehmen kann. Wenn hier für die Eltern gelebte Zusammenarbeit zwischen einer Gemeinschaftsschule und einer benachbarten Gesamtschule erkennbar ist, ist das auch eine Option, die ich mir vorstellen kann.

Frommen: Anschlussfrage: Wie sollte sich das Schulsystem denn insgesamt entwickeln?

Hofmann: Das von der letzten CDU / FDP Regierung eingeführte achtjährige Gymnasium koppelt das Gymnasium von den anderen Schulformen deutlich ab. Die CDU hat ihren Frieden mit der Gesamtschule gemacht. Auch wenn wir uns das nicht wünschen, läuft in NRW alles auf eine Zweigliedrigkeit hinaus. Wenn dies so kommt, wird es wichtig sein, dass sich beide Schulformen den Aufgaben stellen, die vor uns liegen: bessere Chancen für Kinder mit Mi-

grationshintergrund, Einbeziehung von Kindern mit Beeinträchtigungen und Behinderungen. Wenn dann noch jede Schule verpflichtet ist, die Kinder, die sie in Klasse 5 aufnimmt, auch bis zur Klasse 10 zu fördern, dann wird sich die Schule auch von Innen in unserem Sinne verändern.

Frommen: Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Klarer Trend gegen Hauptschule

Die von der Stadt vorgestellten Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen kommentiert Johannes Frommen wie folgt: „Ein klarer Trend gegen die Hauptschule ist zu verzeichnen. Es gibt nur noch 327 Anmeldungen im zweiten Anmeldezug.“

Dies seien 44 Anmeldungen weniger, als noch im Vorjahr. Auch bei Realschulen und Gymnasien seien die Anmeldezahlen rückläufig. „Für die Eltern scheint die Gesamtschule eine Alternative zu sein. 1.198 Eltern wählten für Ihre Kinder diese Schulform.“ Das nur 754 Schüler/innen berücksichtigt werden konnten, bedauerte der schulpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE.

Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43

Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.